

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Tageblatt Riesa,
Ferien Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkontos:
Tresden 1330.
Giroklasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 103.

Donnerstag, 4. Mai 1933, abends.

86. Jahrgang.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug 2,14 einchl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 2 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%. Aufschlag: feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfließt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irrtümlicher Störungen des Betriebes der Drucker, der Lieferanten oder der Verbreitungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Unverkennbare Frontstellung gegen Deutschland.

Der neue Sozialismus.

Als die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei noch im Kampf stand gegen eine Uebermacht von Gegnern, als Marxisten noch in der Regierung und an der Macht waren, als sich viele Kräfte vereinigt hatten, einen Wall gegen die neue aufstrebende Partei, die mitreißende, wachsende Hitlerbewegung zu bilden, frante man schweißgebadet die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei eigentlich „sozialistisch“ nenne, denn sie denke nicht daran — wurde behauptet — eine sozialistische Einstellung zu nehmen, sie könne nicht sozialistisch sein, denn schon in ihrem Namen berührten sich Extremis. Es gab also das Vorurteil, daß Sozialismus international, nicht national sein könne, daß eine deutsche Partei, die alle Schichten aufnehmen wolle, niemals einseitig dem Sozialismus huldigen könne. Recht aber hat der Reichstagskanzler in seiner Rede die Wesenheit, die Kritiker, die unentwegten Sozialisten eines anderen befehrt. Es ist möglich, einen nationalen Sozialismus aufzubauen. Dieser Sozialismus hat freilich ein anderes Gesicht, als er sich in den Köpfen derer malte, die bislang Träger, Hüter, Dolmetscher des Sozialismus zu sein meinten. Sozialismus ist eine Verbundenheit des ganzen Volkes in der Arbeit. Sozialismus ist die Anerkennung der Arbeit und der Theorie, daß Arbeit ehren und jede Arbeit ihres Lohnes wert ist, daß für den Arbeiter hinreichend gesorgt werde, daß er vor allem Arbeit habe, daß er als wichtiges Volksglied teilnehme an dem Leben des Staates.

Es gibt also einen nationalen Sozialismus, der nicht dem Klassenkampf huldigt und die Arbeiter klassifizieren will, abtrennen von der übrigen Volksgemeinschaft, sondern alle, alle die mit der Hand oder dem Kopf arbeiten, eint und verbindet. Sozialismus braucht nicht zu trennen, sondern kann Eigentum eines ganzen Volkes sein. Aus solchen Gedankengängen heraus freilich ist der Sozialismus bisher nie gesehen worden. Das neue Bild, das er geben soll und zum Teil auch bereits gibt, ist jedoch geeignet, die Anwürfe gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei samt und sonders gut zu machen. Sie hält, was sie verspricht. Sie behauptet, daß sie ihren Namen mit Recht führt.

Freilich, dieser neue Sozialismus will noch nicht recht in die Köpfe derer, die den Klassenkampf predigen und ebenwiewenig in die, die den Sozialismus als eine Angelegenheit verlorungsfindender armer Menschen sehen. Und deshalb ist es schon richtig, daß die nationalsozialistische Revolution nicht beendet ist, sondern weiter gehen muß, so lange weiter gehen muß, bis sie ihr Ziel erreicht hat, bis sie das ganze Volk vereint hat in einem Gedanken, in einem Streben, in einem Willen. Das ist also der Reuegaltung des Sozialismus ein verändertes Gesicht gegen den Sozialismus der vergangenen Epoche geführt werden muß, vertriebt sich allein. Und daß dieser Kampf insbesondere sich gegen die Träger des internationalen Sozialismus, des Klassenkampfes zu richten hat, ist logische Konsequenz einer zum Ende führenden Bewegung.

Daraus resultiert auch das Vorgehen gegen die Gewerkschaften. Sie sind der Unterbau des Sozialismus, sie sind aber infolge der politischen Verbundenheit international verpflichtet und in den engen Rahmen der marxistischen Lehre verstrickt. Sie glaubten ihre soziale Aufgabe nur durch die Hilfe der Partei erfüllen zu können, die den Klassenkampflichen Sozialismus auf ihre Fahne geschrieben hat. Nunmehr dürfte durch die Aktion gegen die Gewerkschaften die Lösung der Gewerkschaften von der Sozialdemokratie gesichert sein. Es muß aber in den Gewerkschaften noch mit eisernem Willen gefehert werden, denn sie sind seit Jahrzehnten eigentlich die Schule der sozialdemokratischen Führer gewesen.

Mit der Abbindung der Gewerkschaften von der SPD ist tatsächlich viel erreicht, sind die Gewerkschaften folgerichtig das geworden, was sie mühen: soziale Wirtschaftssorgemittel der Arbeiter. Und nach dieser Trennung von der Politik wird es leicht sein, die Gewerkschaften auf die Linie des neuen Sozialismus zu drängen. Denn er will ja in letzter Konsequenz mehr als der internationale Sozialismus: Er will nicht nur die Rechte der Arbeiter wahren, sondern die Arbeiter zu vollwertigen Mitgliedern des neuen Deutschland machen. Er will sie nicht vom Volksganzen abtrennen und sie in eine Sonderklasse verweisen, die nichts weiter zu tun hat, als den Kampf gegen alles, was zurecht oder mutmaßlich als Kapital angesehen wird, sondern sie zusammenzuführen mit der eigentlich allein vorhandenen und maßgebenden Schicht aller Arbeiter. Das verlangt freilich, daß jede Arbeit auch als Arbeit gewertet wird und jeder sich gleich wert mit dem anderen, welche Verrichtung auch seine Aufgabe sein mag.

Hitler zum Ehrendoktor ernannt

Die Technische Hochschule Stuttgart hat den Reichstagskanzler Adolf Hitler zum Ehrendoktor ernannt, „als den Mann, der durch seinen sieghaften Kampf für deutsche Art den Boden bereitet hat, auf dem allein eine deutsche Baukunst wieder wachsen kann“.

Schwierigkeiten im Genfer Hauptausschuß

Keinerlei Verständnis

Die Beratungen des Genfer Hauptausschusses über die weiteren Bestimmungen des englischen Entwurfes zogen sich heute endlos hin. Aus den Ausführungen verschiedener Delegierter, insbesondere der Vertreter Frankreichs, der Vereinigten Staaten und Belgiens, gewann man unmißverständlich den Eindruck, daß in unverkennbarer Frontstellung gegen Deutschland die Absicht besteht, eine Entscheidung zu erzwingen. Der deutsche Standpunkt fand dabei fast keinerlei Verständnis.

Genf. Aus den gestrigen Beratungen des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz ist noch hervorzuheben, daß der deutsche Antrag, der die Verwendung von Kolonialtruppen im Seemaltrale zu Kriegszwecken verbietet, auf den erbitterten Widerstand Frankreichs stieß, das trotz seiner fadenheiligen Argumente darin von England unterstützt wurde. Die ganze Frage wurde schließlich für die zweite Sitzung des Konventionenentwurfes zurückgestellt.

Genf. Bei den Beratungen der letzten Bestimmungen des englischen Entwurfes in der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses entspann sich eine äußerst komplizierte militärtechnische Debatte, die deutlich zeigte, daß die Schwierigkeiten noch außerordentlich groß sind. Sondernon kündigte zum Schluß an, daß er in einer der nächsten Sitzungen einen Vorschlag über die weitere Behandlung machen werde. Dielem Vorschlag sieht man allgemein mit großem Interesse entgegen.

Es verlautet, daß gewisse Kreise sich mit dem Gedanken tragen, vor dem Uebergang zum Kapitel des Kriegsmaterials bereits die zweite Sitzung über das Kapitel der Truppenstärke vorzunehmen. Die deutsche Delegation dürfte sich dafür einsetzen, daß zunächst einmal der ganze englische Entwurf in einer ersten Sitzung durchgesprochen wird, und daß Bestimmungen erst bei der zweiten Sitzung vorgenommen werden.

Der deutsche Standpunkt in der Polizeifrage.

Genf. Von deutscher Seite wird darauf hingewiesen, daß der deutsche Verzicht auf die schärferen Kriterien für den militärischen Charakter der Polizei und das dadurch zustandekommene Kompromiss in der Polizeifrage zwischen der deutschen und englischen Auffassung angesichts der Gesamtlage der Abrüstungskonferenz notwendig geworden sei. Gegenüber der in den letzten Tagen von gewissen Seiten in ungewöhnlich verschärfter Weise gegen die Reichsregierung

geführten Stimmungsmache, nach der weitere Verhandlungen mit Deutschland in der Abrüstungsfrage überhaupt zwecklos seien und Deutschland alle Einigungsversuche bemußt sabotiere, hat somit die deutsche Abordnung in der Polizeifrage aus grundsätzlichen Erwägungen sich zu der Annahme des englischen Kompromissvorschlages bereitgefunden, um dadurch nicht den Glauben aufkommen zu lassen, als ob, wie vielfach behauptet wird, Deutschland an dem Abrüstungsabkommen überhaupt nicht interessiert sei. Nach dem englischen Vorschlag sollen 10 v. H. des Heeresbestandes eines jeden Landes als militärisch ausgebildete Polizeikräfte zulässig sein. Danach würden für Deutschland im Falle einer Annahme der im englischen Plan vorgezeichneten Gesamtheeresstärke von 200 000 Mann militärische Polizeikräfte von 20 000 Mann erlaubt sein, so daß von den für militärisch erklärten deutschen Polizeikräften in Höhe von 38 000 Mann nur 18 000 Mann bei der Festlegung der deutschen Effekttruppenbestände in Abrechnung gebracht würden. Die englische Abordnung wird den in den Verhandlungen mit der deutschen Abordnung ausgearbeiteten Kompromissvorschlag noch in den Abendstunden des Mittwochs sämtlichen Mächten ausgeben lassen, so daß der englisch-deutsche Kompromiss am Donnerstag im Hauptausschuß zur Verhandlung gelangen kann.

Neuer englischer Kompromissvorschlag.

Genf. Der englische Staatssekretär Eden gab im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz gestern eine Erklärung über das Ergebnis der direkten Verhandlungen mit der deutschen Abordnung bekannt und teilte mit, daß die englische Abordnung einen neuen Kompromissvorschlag für die Regelung der Streitfrage über den militärischen Charakter der Polizeikräfte ausgearbeitet habe. Nach diesem Vorschlag soll jede Macht das Recht haben, einen bestimmten Hundertsatz der gesamten Heeresstreitkräfte als Polizei rein militärischen Charakters zu unterhalten. Ueberschüssig jedoch eine Macht diesen bestimmten Hundertsatz, wo werden die darüber hinausgehenden Polizeistreitkräfte bei der Festlegung der gesamten Heeresstärke in Abrechnung gebracht.

Politikler Radoln gab in französischer Sprache eine kurze Erklärung ab, daß Deutschland als Beweis seines guten Willens und seiner Bereitschaft zur Mitarbeit seine Änderungsverschlüsse zur Polizeifrage zurückziehen werde, falls der englische Kompromissvorschlag Zustimmung finde.

Die Aussprache und die Abstimmung über den neuen englischen Kompromissvorschlag wurden bis zum Vorliegen des englischen Antrages verschoben.

Auf dem Wege zur Arbeitsdienstpflicht.

Arbeitsdienstpflicht ab 1. Januar 1934.

Berlin. Der Reichsarbeitsminister in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für den Arbeitsdienst und der Staatssekretär für den Arbeitsdienst haben, wie von zuständigen Stellen mitgeteilt wird, eine Verfügung zur Vorbereitung der Arbeitsdienstpflicht erlassen, die die Aufstellung von Stammabteilungen anordnet. In den Stammabteilungen müssen 80 Prozent der Belegschaft Nationalsozialisten oder Stahlhelmer sein, die vor dem 30. Januar 1933 in die NSDAP oder den Stahlhelm eingetreten sind. Neue Maßnahmen im Arbeitsdienst dürfen nur noch anerkannt werden, wenn die nationalsozialistischen Dienstträger

vereine oder der Stahlhelm Bund der Frontsoldaten als Dienstträger auftreten. Laufende Maßnahmen der übrigen Dienstträger sollen nur dann noch weiter durchgeführt werden, wenn sie volkswirtschaftlich wertvoll sind. Bei bereits anerkannten aber noch nicht in Angriff genommenen Maßnahmen der übrigen Dienstträger ist die Anerkennung zurückzuziehen. Ferner sind auch bereits Verfügungen über die Führerschulung erlassen. Alle übrigen in der Öffentlichkeit verbreiteten Nachrichten stellen den Dingen vor und entsprechen zum Teil nicht den Tatsachen.

Nachprüfung der Bücher der Gewerkschaften.

Aufdeckung skandalöser Zustände.

Berlin. (Zuspruch.) Die NSDAP-Pressestelle gibt eine Mitteilung heraus, in der es unter anderem heißt: Es ist den Beauftragten des Komitees gelungen, bereits in den ersten Tagen ihrer Arbeit unangenehme Fälle von Mißwirtschaft und skandalösen Korruptionserscheinungen festzustellen. So entdeckte der Beauftragte zur Prüfung der Kassen- und Finanzunterlagen der Verbände des NSDAP und des NSDAP-Bundes a. B. beim Hauptkassierer Engelhardt, dessen Wohnung merkwürdigerweise mit der Bank durch einen Kreditvertrag verbunden ist, bei der Durchsichtigung ein Kontobuch, das unter dem Konto „Reichsland 12921“ einen Betrag von 5 188 000 Mark führt, welcher nicht in der Bilanz vorhanden ist. Hiermit ist der Tatbestand der Bilanzverschleierung erfüllt. Die Beauftragten des

Aktionskomitees erklären, daß überall, wo sie in die Buchführung oder in die Finanzgeschäfte der freien Gewerkschaften Einblick nahmen, unlaute und dunkle Geschäfte ähnlicher Art vorfanden. Trotzdem sind sich die nationalsozialistischen Finanzfachverständigen darüber einig, daß es ihnen in fast übermenschlicher Arbeit gelingen wird, die Gleichschaltung des Verwaltungsbetriebes des NSDAP und des NSDAP-Bundes nach den Grundrissen der öffentlichen und privaten geschäftlichen Sauberkeit herzustellen. Es ist natürlich kein Wunder, daß die Gewerkschaften immer über ihre schlechte Finanzlage geklagt haben, wenn man sich in den Büchern unter anderem folgende Posten findet: An den Internationalen Gewerkschaftsbund wurden seit dem 1. Januar 1933 95 000 Mark an Beiträgen bezahlt. Das skandalöseste ist, daß noch seit dem 1. Januar 1933 an die NSDAP 229 000 Mark von den Gewerkschaften der Arbeiter und Angehörigen gezahlt wurden. Mit dem rücksichtslosen und überraschend plötzlichen Zugriff ist es gelungen, das deutsche Arbeitervermögen vor weiterem Schaden zu bewahren.